Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 12

Artikel: Vom Kapitalismus zur Gemeinwirtschaft
Autor: Weber, Max
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338732

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

Prof. Dr. Max Weber

Vom Kapitalismus zur Gemeinwirtschaft

Die heute weit verbreitete Unruhe in der Gesellschaft der Industrieländer wird häufig als Folge der «Wohlstandsgesellschaft» erklärt. Es mag sein, dass die Verbesserung des Lebensstandards, die seit dem Zweiten Weltkrieg eingetreten ist, und die damit in Zusammenhang stehende technische Entwicklung (vor allem die Motorisierung) zur Unstabilität im gesellschaftlichen und politischen Leben wesentlich beitragen. Es ist aber noch etwas anderes, das die Gemüter beunruhigt und besonders in der Jugend eine oppositionelle Haltung erzeugt. Das ist das Gefühl, im wirtschaftlichen Leben Machtgebilden gegenüber zu stehen, denen sie ausgeliefert ist oder doch zu sein scheint. Die Jugend und auch manche Intellektuelle reagieren darauf mit Auflehnung, mit Trotz, mit Opposition gegen die Gesellschaft ganz allgemein oder gegen die, welche sie als «Establishment» bezeichnen und als verantwortlich betrachten für diesen Zustand, gegen die Behörden in Schule, Wirtschaft und Staat. Doch das geschieht meistens ohne konkretes Ziel und daher auch ohne positives Ergebnis, was die Auflehnung nur noch verstärkt. So kommt eine antikapitalistische Stimmung zustande, gerade in einer Schicht, die von der rapiden Entwicklung und den finanziellen Vorteilen der inflationären Konjunktur profitiert, aber geistig unbefriedigt bleibt. Diese Jugendlichen und Intellektuellen übernehmen Ideen aus der marxistischen oder auch maoistischen Gedankenwelt, die sie ohne Kenntnis der Realität unverdaut weitergeben.

Vor einem Jahrhundert befanden sich die Arbeiter, die Proletarier, in einer ähnlichen Lage. Sie waren allerdings materiell in einer sehr viel ungünstigeren Situation. Sie fühlten sich ausgebeutet und unterdrückt und waren es auch. Sie hatten keinen Schutz vor Entlassung, keine Hilfe bei Arbeitslosigkeit; sie waren ohne Unterstützung bei Krankheit, Invalidität und im Alter. In jener Zeit erschien «Das Kapital» von Karl Marx, das den Proletariern den wissenschaftlichen Nachweis erbrachte, dass sie nicht den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhielten, sondern ausgebeutet wurden. Das hat in der Folge in Deutschland und den von dort beeinflussten Ländern ein gewaltiges Echo gefunden. Dabei haben sich zwei Richtungen gebildet: eine reformistische, die auf dem demokratischen Weg die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern suchte und auch im Laufe der Jahrzehnte

sehr bedeutend verbessert hat, und eine revolutionäre, die der kommunistischen Bewegung, die gewaltsam die Macht ergreifen und den Kapitalismus durch eine kommunistische Staatswirtschaft ersetzen will, was jedoch nur in Ländern ohne demokratische Tradition gelungen ist.

In den Industrieländern des Westens ist die Macht des Kapitalismus durch die Sozialgesetzgebung (Arbeitsrecht, Sozialversicherung) stark beschränkt worden. Es sind ihm einige Giftzähne gezogen worden. Aber seine Wirtschaftsmacht ist dennoch ungebrochen. Sie hat sich in gewisser Richtung sogar verstärkt durch die grossen Industrie- und vor allem die Finanzunternehmungen sowie durch ihre Verflechtung in Konzernen und immer mächtigeren multinationalen Gebilden. Von einer Demokratisierung der Wirtschaft und einer gerechteren Verteilung kann trotz allen Kontrollmassnahmen und einschneidenden Steuergesetzen kaum gesprochen werden. Jene, die am Steuer der Verfügungsgewalt über das Kapital sitzen, sind immer noch im Besitz einer enormen Machtfülle. Der alternde Kapitalismus, dem Werner Sombart vor nahezu einem halben Jahrhundert wegen seiner grauen Haare den Namen Spätkapitalismus beigelegt hat, erlebt eine damals ungeahnte Verjüngung.

Es fehlt nicht an Einzelvorstössen, um diese Macht besser zu zähmen. Aber es sind Vorstösse ohne entscheidende Wirkung. Es fehlt heute auch eine auf die Umgestaltung des Wirtschaftssystems gerichtete Theorie.

Die Gewerkschaften stossen vor mit der Forderung nach Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben und Unternehmungen. Das ist in der deutschen Bundesrepublik teilweise verwirklicht. Eine sichtbare Änderung in der Machtverteilung ist jedoch bis jetzt nicht zu bemerken. In Deutschland hat neuerdings der Gedanke der «Gemeinwirtschaft» eine Wiederauferstehung erfahren. Es sei hingewiesen auf die Theorien von Walter Hasselbach[1] und Theo Thiemeyer[2], ferner auf den Sonderdruck der Bank für Gemeinwirtschaft aus den «Gewerkschaftlichen Monatsheften»[3]. Auch in der Praxis sind Bestrebungen in dieser Richtung zu verzeichnen, vor allem durch die Bank für Gemeinwirtschaft, deren Vorstandsvorsitzender Hasselbach ist. Dieses Institut sucht in Verbindung mit den deutschen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften auf die Wirtschaft Einfluss zu nehmen.

Das sind bedeutsame Anzeichen einer auf Umgestaltung des Wirtschaftssystems gerichteten Bewegung. Es scheint aber bisher an einer umfassenden Darstellung des Problems zu fehlen, die zeigen könnte, wie die Macht des Kapitalismus gebrochen und durch andere Wirtschaftsprinzi-

[1] Walter Hasselbach. Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, Instrumente gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Struktur- und Wettbewerbspolitik. Frankfurt 1971.

[2] Theo Thiemeyer. Gemeinwirtschaftlichkeit als Ordnungsprinzip. Grundlegung einer Theorie gemeinnütziger Unternehmen. Berlin 1970.

[3] Heft 3, 1972, Bund-Verlag, Köln.

pien ersetzt werden könnte, durch ein Wirtschaftssystem, das die Grundsätze: gleiche Chancen für alle und gerechte Verteilung des Arbeitsertrages sichern und allgemeine, öffentliche Interessen anstelle der Kapitalinteressen gewährleisten würde. Man könnte sagen: Es fehlt eine Theorie, wie sie Marx für die Zeit des zur Blüte aufsteigenden Kapitalismus entworfen hat.

Die Aufgabe, die sich stellt, kann etwa folgendermassen umschrieben werden: Die private Verfügungsgewalt über das Kapital ist zu beschränken. Man hat schon Experimente gemacht, eine Demokratisierung des Kapitalbesitzes zu erreichen durch *Beteiligung der Arbeitnehmer am Aktienkapital.* Doch das ist, von einigen Sonderfällen abgesehen, in so bescheidenem Masse geschehen, dass sich die Besitzstruktur nicht geändert hat[4]. Auch würde damit das Ziel nicht erreicht, da eine Vielheit von Kapitalisten nicht das öffentliche Interesse gewährleistet. Auch die Ausgabe von «Volksaktien» bei der Entstaatlichung öffentlicher Unternehmungen ergab keine befriedigenden Resultate.

Der sogenannte *«Investivlohn»* zielt darauf hin, den Arbeiter zum Sparen zu veranlassen. Wenn dieses Sparen kollektiv erfolgt und zur Bildung von Gemeinschaftskapital führt, das von Gewerkschaften oder einer gemeinwirtschaftlichen Instanz verwaltet wird, wäre das ein gangbarer Weg zur Umgestaltung der Besitzverhältnisse. Doch in den meisten Fällen will der Arbeiter nach einiger Zeit selber über sein Kapital verfügen für Konsumzwecke.

Das *Mitbestimmungsrecht* der Arbeitnehmer wurde schon erwähnt. Es sollte jedoch ausgedehnt werden durch ein Mitbestimmungsrecht der Verbraucher und der öffentlichen Hand, Gemeinde oder Staat. Denn die Kapital- und die Arbeitsinteressen in einer Unternehmung können sich unter Umständen verbinden und im Gegensatz stehen zu den Interessen der Verbraucher und der Öffentlichkeit.

Die Kapitalmacht kann ferner eingeschränkt werden auf dem Wege der *Steuerpolitik.* Wenn die scharfe Besteuerung von hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften nur dazu dient, die stets steigenden Ausgaben der öffentlichen Hand zu decken, wird zwar ein Verteilungseffekt erzielt – der aber sehr beschränkt ist, da jene, die an der Quelle sitzen, ihre Macht trotzdem zu sichern verstehen. Sofern die weggesteuerten Mittel aber in der Wirtschaft investiert werden, stellt sich das Problem der Staatswirtschaft und der Sozialisierung mit den Vor- und Nachteilen, die damit verbunden sind. Auch die Kapitalmacht der öffentlichen Hand kann Gefahren aufweisen, wenn einseitige politische Einflüsse sich geltend machen.

Dieses Problem ist schon in der Sozialisierungsdiskussion unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg erkannt worden. Es ist eigentlich merkwürdig,

[4] «Überall wird sorgfältig darauf geachtet, dass die Mitarbeiter mit ihrer Beteiligung in der Minderheit bleiben», schreibt Wolfgang Winter in einem Artikel über Mitbestimmung in der «Weltwoche», 27. Dezember 1972.

dass jene, die eine wirtschaftliche Umgestaltung anstreben, nicht auf die nach dem Ersten Weltkrieg vertretenen Ideen zurückgreifen. Es sind damals verschiedene wertvolle Vorschläge gemacht worden, um die Verstaatlichung durch andere Unternehmungsformen zu ersetzen: Genossenschaften, autonome Unternehmungen, Selbstverwaltungskörperschaften, als deren Träger Gemeinde, Staat, Verbrauchergruppen, Gewerkschaften in Frage kommen. Es können auch neue, heute noch nicht bekannte Unternehmungsformen entstehen. Es ist zu erinnern an die Ideen von Walther Rathenau, der nicht Sozialist war, aber aus eigener Erfahrung die Machtfülle des Kapitalismus kannte und eine Wirtschaftsreform anstrebte und deshalb von den Nazis aus dem Wege geräumt wurde. Verschiedene Ökonomen haben damals Vorschläge gemacht, die heute noch Beachtung verdienen, so Robert Wilbrandt, ferner Wissel und Moellendorf, die 1919 Kundgebungen des Reichswirtschaftsministeriums veröffentlichten, oder die Professoren Stephinger, Tübingen, Carl von Tyska, Hamburg, um nur einige wenige zu nennen. Freilich scheinen Verstaatlichung und Sozialisierung heute verfemte Begriffe zu sein. Doch die Diskussion ging damals gerade darum, neue Wirtschaftsformen zu studieren. Wer heute das kapitalistische Wirtschaftssystem ablehnt, der sollte alle Wege prüfen, die zu einer Umgestaltung führen könnten, ob das populär ist oder nicht. Mit Demonstrationen wird gar nichts erreicht.

Schliesslich kann der kapitalistischen Verfügungsmacht durch gesetzliche *Beschränkungen im Aktienrecht* zu Leibe gerückt werden. Das geschieht schon durch ein ausgedehntes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer. Nur sollten, wie schon erwähnt, die Verbraucher und die öffentliche Hand dabei irgendwie zum Zuge kommen. Durch eine gesetzliche Beschränkung der Verwendung des Überschusses der Aktiengesellschaft würde die private Vermögensbildung betroffen. Im Genossenschaftsrecht der Schweiz ist die Verzinsung des Genossenschaftskapitals schon beschränkt auf den landesüblichen Zinsfuss, und das hat keine Nachteile gezeitigt. Man würde sich auch im Aktienrecht auf eine solche Regelung einstellen müssen, wodurch auch die Spekulation eingedämmt würde. Die Bildung von Reserven und die Selbstfinanzierung sollten dagegen grundsätzlich zugelassen sein, doch vielleicht auch gewissen Beschränkungen unterliegen.

Dass auch die in vielen Fällen enormen Vergütungen an die Manager in Form von Tantiemen, die sich kumulieren und die mit der Arbeitsleistung wenig Beziehung haben, abzubauen wären, versteht sich von selbst. Ich glaube nicht, dass der Elan darunter leiden würde, denn der echte Unternehmer arbeitet und forscht, weil er eine Leistung vollbringen will, auf die er stolz sein kann, natürlich gegen gerechte Vergütung.

Hier muss eingeflochten werden, dass auch eine *geistige Umstellung* erforderlich ist. Der Kapitalismus ist so stark, weil das kapitalistische Denken in der ganzen Bevölkerung verbreitet ist, selbst bei denen, die auf den

Kapitalismus schimpfen und ihn hassen. Werner Sombart hat in klassischer Weise die Entstehung des kapitalistischen Geistes analysiert. Man sollte diesen Wurzeln nachgehen und untersuchen, wie eine neue Geisteshaltung erzeugt und verbreitet werden könnte. Es kann natürlich nicht vorkapitalistisches Denken sein, sondern eine gemeinwirtschaftliche Einstellung, von der ja Anfänge schon vorhanden sind.

Heute wird der Wert einer Leistung beim Wirtschaftsführer wie übrigens auch in der Kunst nach der Höhe des Verdienstes beurteilt. Je höher seine Einkünfte, um so höher werden seine Leistungen bewertet, um so tüchtiger erscheint er, der Direktor, der Arzt, der Architekt, der Künstler. Das ist so, obschon das Geldverdienen bei vielen, gerade bei den Tüchtigsten, den charakterlich Wertvollsten, nicht der wichtigste Ansporn zur Leistung ist. Es ist denkbar, dass diese Mentalität einmal gebrochen werden könnte. Beispiele aus gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen zeigen, dass das keine Utopie ist. Pflicht und Verantwortungsbewusstsein, aber auch der Ehrgeiz sind nicht in Geld zu messen.

Damit wäre skizzenhaft angedeutet, in welchen Richtungen eine Reform des kapitalistischen Wirtschaftssystems angestrebt werden muss. Diese verschiedenen Angriffsmöglichkeiten sollten aber nicht einzeln, isoliert benutzt werden. Sondern da ist der Ausdruck «konzertierte Aktion» am Platze. Aus allen Richtungen muss der Angriff kommen, aber koordiniert. Rosa Luxemburg soll einmal gesagt haben, der Kapitalismus sei ein gewaltiges Ungetüm, dem man von allen Seiten auf den Leib rücken müsse. Wenn ich mich recht erinnere, hat dieser Gedanke einmal in einer Karikatur, vielleicht im «Simplizzisimus» oder sonstwo, zeichnerischen Ausdruck gefunden in Gestalt eines riesigen Drachens, der von hinten, von vorn, von allen Seiten angegriffen wurde. Das Bild ist nicht schlecht. Nur stellt es die Aufgabe viel zu leicht dar. Das wird jahrzehntelange Anstrengungen erfordern. Der Kapitalismus hat in einer mehr als ein Jahrhundert dauernden Entwicklung die heutige Machtstellung erreicht, und trotz allen Ansätzen und Inseln von Gemeinwirtschaft durchdringt er heute noch die Wirtschaft und vor allem auch die Mentalität der Menschen.

Es bedarf einer Strategie, um eine Änderung zielbewusst herbeizuführen. An dieser Aufgabe sollten die Progressiven aller Schattierungen und Richtungen ihre Kräfte erproben. Auch Künstler, Dramatiker und Dichter könnten positiv an der Bildung neuer Gesellschaftsformen und -inhalte mitwirken, statt nur an der heutigen Gesellschaft zu kritisieren und zersetzend zu wirken.

Je nach den Verhältnissen im eigenen Land hat ein Vorstoss auf diesem oder jenem Gebiet grössere Erfolgsaussichten. So kann zum Beispiel das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer wahrscheinlich in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden. In Frankreich hat die Verstaatlichungsidee unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Boden gewonnen, und es sind sogar die grossen Banken unter

öffentliche Verfügungsgewalt gestellt worden. Gegenwärtig sind zwar die dortigen politischen Verhältnisse weniger günstig als damals; doch könnte eine zündende Idee die zersplitterten Gruppen, die eine Wirtschaftsreform anstreben, zu gemeinsamen Aktionen zusammenführen. In den skandinavischen Ländern, namentlich in Schweden, ist die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung stark, so dass dort eine Ausdehnung der Gemeinwirtschaft über Genossenschaften und unter öffentlichem Einfluss stehende Selbstverwaltungskörperschaften denkbar wäre. Überdies ist dort die Steuerschraube fest angezogen, so dass durch Wegsteuerung von arbeitslosem Einkommen schon einiges erreicht wäre.

Wo in der Schweiz die günstigsten Angriffspositionen liegen, ist nicht leicht zu sagen. Der Boden ist allgemein ziemlich hart. Vielleicht würde am besten das «Rezept» Rosa Luxemburgs angewendet, das heisst, dass von allen Seiten Anstrengungen unternommen werden müssten, um das Terrain stufenweise zu sondieren und für gemeinwirtschaftliche Lösungen vorzubereiten.

Selbstverständlich muss auch alles unternommen werden, um die geistige Haltung der Menschen, ganz besonders der in Staat und Wirtschaft massgebenden Persönlichkeiten, im Sinne einer gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Denkweise zu beeinflussen.

Das sind nur einige Andeutungen, um zu zeigen, wie die konzertierte Aktion gedacht ist. Selbstverständlich müssten eingehende Untersuchungen vorgenommen werden. Das sind Aufgaben, die natürlich ernsthaftes und gründliches Arbeiten erfordern und keine raschen Resultate und spektakulären Erfolge versprechen. Doch das ist der Weg, um vom Deklamieren, Resolutionieren und Protestieren zu praktischem Handeln zu kommen. So stelle ich mir eine Umgestaltung der vom Kapitalismus durchtränkten Gesellschaft in der Richtung nach einer gerechteren und menschlicheren Ordnung vor.

(Sonderdruck aus der Festschrift Bundesrat H. P. Tschudi)

Der kühnen Behauptung, im staatlichen Bereich sei der Einfluss des Bürgers auf die Entscheidungen weitgehend gesichert, muss nachdrücklich widersprochen werden. Nur wer die Teilnahme an Wahlen, das herkömmliche Petitionsrecht, Spurenansätze der Bürgerbeteiligung im Stadtplanungs-, Raumordnungs- und Baurecht, die Möglichkeit, Leserbriefe zu schreiben und am Biertisch zu meckern – oder die repräsentative Demokratie schlechthin – schon für ausreichend hält, kann den Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen als weitgehend gesichert bezeichnen.

Rudolf Schöfberger in «Die Neue Gesellschaft»